

Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität
Hamburg (IFSH):

Die Europäische
Sicherheitsgemeinschaft:
Das Sicherheitsmodell
für das 21. Jahrhundert,
Texte der Stiftung Entwicklung
und Frieden. Bd. 15,
Bonn 1995, 360 S. (15,00 DM)

Hans-Joachim Gießmann,
Ursel Schlichting (Hrsg.):
Handbuch Sicherheit.
Militär und Sicherheit
in Mittel- und Osteuropa.
Daten – Fakten – Analysen,
Schriftenreihe: Demokratie,
Sicherheit, Frieden – herausgegeben
von Dieter S. Lutz, Bd. 91,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
Baden 1995, 460 S. (48,00 DM)

Hans-Joachim Gießmann:
Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa.
Probleme – Konzepte – Perspektiven,
Schriftenreihe: Demokratie,
Sicherheit, Frieden – herausgegeben
von Dieter S. Lutz, Bd. 98,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
Baden 1995, 294 S. (44,00 DM)

»Bundeswehr nur noch 100.000 Mann! Bonn verzichtet zugunsten ESG auf Kommando!« – Schlagzeilen, wenn der visionäre Entwurf einer »Europäischen Sicherheitsgemeinschaft« (ESG) Wirklichkeit würde. Ihn haben Wissenschaftler des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) unter Leitung von Dieter S. Lutz konkret und politikfähig ausgearbeitet. Unter dem Eindruck des tiefen sicherheitspolitischen Umbruchs am Ende des Kalten Krieges wollen sie der Politik konkrete Schritte

für eine Friedens- und Sicherheitsstruktur des 21. Jahrhunderts anbieten. Die erhoffte »Friedensdividende« soll nun ebenso eingefahren, die aufbrechenden Konflikte zwischen und innerhalb der Staaten angemessen gezügelt werden.

Erfolg ist den Friedensforschern zu wünschen, denn sie sind konsequent auf dem Weg, den Egon Bahr und Lutz zu Zeiten der Systemauseinandersetzung beschritten. Aber, vorab ist bereits zu vermuten, ihren Plänen wird auch diesmal kein Durchbruch beschieden sein.

Hier sind drei Bücher eines konzeptionellen Zusammenhangs zu besprechen: das Gesamtkonzept für eine ESG als »Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert«, gleichzeitig zwei umfassende Studien, die das fundierte analytische Material repräsentieren, auf deren Grundlage ein solches Konzept entstehen konnte. Naturgemäß haben derartige Studien, hier wesentlich von H.-J. Gießmann, einem einstigen IPW-Wissenschaftler, erstellt, eine geringe Halbwertszeit. Die Analysen zu Mittel- und Osteuropa dürften jedoch in der Bestimmung von Trends und Rahmenbedingungen mittelfristig unverzichtbares Referenzmaterial bleiben.

Für das IFSH haben sich die Erwartungen an die Epochenwende nicht erfüllt: »Aus dem Graben zwischen Blöcken und Ideologien wurde ein Steilhang des Wohlstandes und der Stabilität« (IFSH/S. 9). Konfliktfelder entstanden in ungeahnter Zahl und Schärfe neu. Verfechter eines »Endes der Geschichte« erleben nun, daß die Übernahme marktwirtschaftlicher und westlich-demokratischer Standards nicht zu den beteuerten positiven und raschen Veränderungen führt. »Geschichtsdeterminismus einer solchen Provenienz steht letztlich vor dem gleichen Dilemma wie der historische Materialismus staatssozialistischer Prägung« (Gießmann/S. 16). Vielmehr kam es zur Herausbildung eines »enormen sozialen Konfliktpotentials«. Das geht einher mit ethnischen Konflikten sowie einer zumindest in Osteuropa sichtbaren Machtverwerfung nach dem Ausfall der sowjetischen Führungsmacht und dem Anmelden neuer Ansprüche Rußlands.

Der kritische Blick in Richtung Osteuropa als besonderer Herausforderung an die

europäische Sicherheit ist begründet, wenn gleich die Stabilität des Westens und damit mögliche innere wie bereits heute (zunächst noch oder »nur«) ökonomische Konfliktfolgeableitung in Gestalt eines dominierenden und gar aggressiven Verhaltens völlig ausgeblendet wird. Das ist generell ein Mangel des doch sehr wohl-saturierten Herangehens westlicher Analytiker. Sie unterschätzen Schwachstellen des eigenen Systems und seine möglichen außen- wie sicherheitspolitischen Gefahrenpotentiale sowie die zunächst ökonomischen Machtverhältnisse und damit zwangsläufigen Globalisierungs- und genauer Unterwerfungstendenzen.

Trotzdem, akute Gefährdungen sind zuerst ostwärts auszumachen. Da ist es hilfreich, im sich rasch wandelnden Umfeld sowohl im »Handbuch Sicherheit« wie in »Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa« detaillierte Angaben zu sicherheitsrelevanten Potentialen zu finden. Die Auswahl der Analyseobjekte zeigt aber wiederum die gleich dem Kaninchen auf die Schlange fixierte Sichtweise. Gerade einmal Österreich findet sich wieder, solche »Randstaaten« zum einstigen Ostblock wie Türkei, Griechenland, Skandinavien, aber auch Deutschland werden ausgeklammert.

Die heutigen Sicherheitssysteme, hier werden NATO, EU, WEU, K/OSZE und GUS sowie UN analysiert, sind trotz aller verbalen Bekundungen und manch ergebnislosem Aktionismus nicht in der Lage, wirklich Frieden auf dem Kontinent herzustellen. Vielmehr ist nach 1989/90 seitens der westeuropäischen Politik eher eine tiefere Fragmentierung Europas das Resultat. Die Auseinandersetzungen um Partnership for Peace, NATO- und EU-Ost-Erweiterung, die Abstufungen in der Sympathie für einzelne »Reformstaaten« und der faktische Ausschluß Rußlands vertiefen die Spaltungen neu.

Die EU erweist sich als Klub der Reichen. Mit Maastricht geht »es um die Sicherheit der Union und nicht Europas. Konkreter noch: Es geht um die Sicherheit nur der privilegierten Mitgliedsstaaten der Union, nicht um die Sicherheit aller Länder Europas« (IFSH/S. 42).

Die Abrüstung blieb auf halbem Wege stehen. Die Friedensforscher zählen immer noch 45.000 Kernsprengköpfe, zu 98 Prozent im Besitz der beiden Supermächte – trotz

aller Abrüstungsmaßnahmen. Gleichzeitig verzeichnen sie eine gezielte High-Tech-Aufrüstung, die eine Verlagerung der Kampffelder und der Erfolgskriterien künftiger Kriege ermöglicht und den westlichen Industriestaaten eine – wie sie hoffen – unüberholbare Überlegenheit verschaffen soll.

Als besonders verhängnisvoll wird der Verlust der Einsicht in die Überholtheit des Krieges als Mittel der Politik gesehen, ja noch mehr: »Die noch zu VKSE-Zeiten geförderte Defensivorientierung von Streitkräften hat die westliche Strategiedebatte in die Versenkung verschwinden lassen. Sie ist in Gänze abgelöst worden durch Postulate größerer Mobilität, punktgenauer Waffenwirkung, gesteigerter Manöverkriegsführung und höherer Offensivfähigkeit« (IFSH/S. 120f.). Über konventionelle Abrüstung wird nicht mehr geredet, es sei denn, die Kassen sind leer.

Der Westen nutzt seinen Sieg im Kalten Krieg schamlos aus – auch wenn das so nicht geschrieben wird –, der Befund ist eindeutig: »Was der Westen dem Osten anbot und mit dem Namen Kooperation versah, war im Kern der Versuch, die asymmetrische Machtverteilung des geschichtlichen Augenblicks auf Dauer festzuschreiben« (IFSH/S. 194f.). Dabei sieht das IFSH die neue Rolle Deutschlands durchaus realistisch: den Versuch, die neugewonnene Einheit als Rückkehrchance zur »Normalität« deutscher Großmachtpolitik mißzuverstehen und als »Militärmacht Deutschland« die Politik um eine aktive militärische Komponente zu erweitern. Krisen sollen präventiv »bewältigt« werden – und das Militär ist immer dabei. Deutsche Sicherheitspolitik, so machen sie in den offiziellen Erklärungen ohne Umschweife aus, ist Interessenpolitik. Und es entstehen alte Feindbilder neu: Rußland als der große, bedrohliche Nachbar im Osten.

Die Schlußfolgerungen sind verständlich und zweckmäßig, wenn auch die realen Interessen- und Kräftelagen sie gegenwärtig kaum realisieren lassen dürften: An die Stelle einer nationalstaatlich bestimmten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit muß ein übernationaler Mechanismus treten; »deshalb wird die Gewaltoption, die letzte Zuflucht des Rechts auf Sicherheit, aus der Verfügung der Ein-

zelstaaten bzw. ständiger oder zeitweiliger Interessenkoalitionen in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft überführt«. So könne es zur »Ablösung des Rechts des Stärkeren durch die Stärke des Rechts« kommen (IFSH/S. 10f.).

Ziel ist deshalb »eine Sicherheitsorganisation ..., die jeden in dieselbe Pflicht nimmt, aber niemanden von gleichberechtigter Teilhabe ausschließt« (IFSH/S. 195). Das soll in der vorgeschlagenen neuen Sicherheitsstruktur ESG erreicht werden, als Resultat eines Entwicklungsprozesses. In einem solchen neuen Sicherheitssystem soll der Krieg nur noch Ultimo ratio sein, militärische Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des Friedens nur die Ausnahme sein, im Unterschied zur gegenwärtig inflationären Entwicklung. Mit konkreten Abstimmungsstrukturen ohne Vetorechte, der vollständigen oder teilweisen Supranationalität der Streitkräfte, ihrer fast vollständigen Defensivorientierung, einer abgestimmten und weitgehenden Truppenreduzierungen von derzeit über 4 Mio. Soldaten in Europa auf max. 2 Mio. soll ein solches System funktions- und zukunftsfähig werden. Letztlich könnte sich so eine »Europäische Friedensgemeinschaft« entwickeln.

Allerdings, so anregend sich dieser Entwurf liest, so wenig werden die Zweifel ausgeräumt. Große Friedensordnungen zu entwerfen, daran hat es nie gemangelt. Sie zu verwirklichen, das ist sicher nicht bloß eine Angelegenheit der großen Gelehrtenrepublik mit ihren humanistischen Ideen. Aber möglicherweise sind es gerade die Befürchtungen, die hinsichtlich der Bedrohungen und Risiken für die Staaten Ostmitteleuropas formuliert werden, wo strukturell »vor allem ... die möglichen politischen Folgen einer sich zuspitzenden ökonomisch-sozialen Krise, ... den befürchteten allmählichen Zerfall der Legitimation staatlicher Autorität sowie ... berechnete Zweifel an der Stabilität der europäischen Verankerung nationalstaatlicher Sicherheit« geltend gemacht werden (Gießmann/S. 30f.). Aber: sind das nur Probleme Osteuropas? Oder nicht generelle sozialökonomische Voraussetzungen eines aktuellen Bedrohungsszenariums, gerade für die scheinbar so stabilen westlichen Metropolen?

STEFAN BOLLINGER

Christa Luft:

Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand, Orell Füssli Verlag, Zürich 1996, 239 S. (29,80 DM)

Daß die Sache mit der deutschen Treuhandanstalt irgendwie »dumm gelaufen« ist, kann zwei Jahre nach dem Ende dieser bestgehaßten und oft geschmähten Institution durchaus als bekannt vorausgesetzt werden. Was könnte also ein Buch zu dieser leidigen Angelegenheit interessant machen? Das bloße Nachvollziehen der vulgären Geschichte dieser »Anstalt« sicherlich nicht. Zunächst müßte es zweifellos um die Aufklärung ihrer hintergründigen Geschichte gehen. D.h. es wäre erstens zu erhellen, was dahinter gesteckt hat; welche Akteure waren mit welchen Interessen beteiligt, wo lagen die kritischen Wegscheidungen, an denen jene Weichen gestellt wurden, die den späteren Lauf der Dinge bestimmten? Ferner wäre zu zeigen, welche systembedingten Konstellationen diesem Lauf der Dinge zugrunde lagen. D.h. es geht zweitens um eine theoriegeleitete Verdichtung von Realgeschichte und ihre Projektion auf eine systemanalytische Ebene. Damit könnte nicht zuletzt einiges dazu beigetragen werden, die Nebelschleier des alltäglichen Politiktheaters zu lüften sowie seine Mythen und Rituale zu delegitimieren.

Christa Luft ist als exzellente Wissenschaftlerin und herausragende politische Akteurin der Wendezeit und danach wohl wie kaum eine zweite prädestiniert, diese doppelte Aufgabe zu meistern.

Den ersten Teil dieser Aufgabe betreffend – für den mehr der Untertitel des Buches steht – leistet die Autorin beachtliches. Da sie als Ministerin im Modrow-Kabinett selbst mit an der Wiege der »Ur-Treuhand« (wie sie die DDR-Version der Anstalt nennt) stand und auch später offenbar noch vielgefragter Gesprächspartner der politisch entscheidenden Akteure war, weiß sie eine Fülle von Details zu berichten, die insgesamt belegen, daß die »Kohlschen Pläne« so »ganz uneigennützig (nicht) waren« (S. 115). Ob die einzelnen Aktivitäten denn immer auch tatsächlich so plan- und absichtsvoll inszeniert wurden, wie

die Autorin des öfteren meint, muß gerade in Anbetracht der heutigen Konzeptionslosigkeit Bonner Politik freilich bezweifelt werden. Einiges spricht vielmehr dafür, daß die politischen Akteure in West wie Ost – und das beginnt in der DDR bereits mit der Endphase der »Honecker-Mittag-Führung« (S. 65) und setzt sich in der von H. Modrow geführten Regierung fort – von der Komplexität der Aufgabe einfach überwältigt wurden. In der Not hat dann insbesondere die Bundesregierung als die maßgebliche politische Institution zur Gestaltung der Vereinigung auf ihr in der Vergangenheit ausgebildetes strategisches Reservoir an Instrumentarien zurückgegriffen und dort, wo das nicht möglich war, wurde in der Verzweiflung des Augenblicks der Lauf der Dinge einfach den spontanen Mechanismen des Marktes überantwortet. Das spricht zwar nicht generell gegen das politisch-ökonomische Nutzenskalkül, aber relativiert es doch beträchtlich.

Zudem ist es gerade die situations- und systembedingte Borniertheit der Akteure, die auch die Diskussion über Alternativen so schwierig macht. Die von Christa Luft erörterten Alternativen und ihre sicherlich bedenkenswerten Vorschläge wie z.B. dem Kardinalproblem der kapitalistischen Gesellschaft – der wachsenden Arbeitslosigkeit – begegnet werden könnte (vgl. S. 158ff.), kranken alle am Mangel, daß auch sie nicht sagen kann, wie dieses notwendigen Reformen gegen den in die Gesellschaft eingebauten Konservatismus durchgesetzt werden könnten.

Wenn es darum geht, die Verhaltensmuster der Akteure zu erklären und vor allem zu zeigen, wie diese so verändert werden können, daß eine »Akzeptanz neuer Lebensziele« (S. 163) erreicht wird, stellt sich unausweichlich die Systemfrage. Es ist genau diese »Lust am Eigentum«, die einer gründlichen – und wahrscheinlich auch über Marx mit Hilfe des Marxschen Denkansatzes hinausgreifenden – theoriegeleiteten Analyse bedürfte. Aber gerade dies leistet die Autorin im vorliegenden Buch nicht. Ihr Credo heißt Marktwirtschaft und Weltmarkt Konkurrenz. Mit diesem Instrumentarium – mit »richtiger« Marktwirtschaft, konvertibler Währung, vorbehaltloser Integration in den Weltmarkt und dem Betritt zum internationalen Währungsfonds – wäre nach

ihrer Meinung sogar die DDR zu retten gewesen (vgl. 64ff.) – was zwar tatsächlich wenig wahrscheinlich, aber zumindest theoretisch gut denkbar ist. Daß damit Sozialismus zu machen ist, ist dagegen ausgeschlossen. In dieses marktfixierte Bild paßt dann auch ihre Vorstellung von einem zukunftsfähigen Wirtschaftssystem, bezüglich dessen sich Christa Luft als bemerkenswert visionlos erweist. Marktwirtschaft, Industrialisierung, Exportorientierung und vor allem Privatisierung – hier überholt die Autorin in der Radikalität ihrer Forderungen sogar die Weltbank »links« (vgl. S. 211) – heißen die alleinseelig machenden Ingredienzien, mit denen freilich nur die Vergangenheit in die Zukunft verlängert werden kann. Wenn das die gefragten Visionen sind, »zu denen sich die Landsleute in Ost und West bekennen, aus denen sie Mut und Zuversicht schöpfen« (S. 223) sollen, dann ist die Gegenwart bereits die Zukunft, dann muß alles so bleiben wie es ist – nur etwas sozialer dürfte es vielleicht noch werden.

Auch wenn sich die Luftschen »Visionen« reichlich bescheiden ausnehmen, das wirklich Ärgerliche an diesem Buch sind sie nicht. Dies ist zum einen vielmehr die Sicht der Autorin auf die Gründe für das Scheitern der DDR, die ausschließlich in der politischen Sphäre verortet werden. Schuld sind allein »Honecker und seine Vasallen« (S. 110), die haben nämlich angeblich nicht nur »ein Fibern« nach »richtigem Geld« bei der Bevölkerung provoziert, sondern das Gesellschaftsmodell auch »moralisch und politisch total diskreditiert« (S. 67). Wirklich sozio-ökonomische, im System angelegte Ursachen für den Zusammenbruch des realen Staatssozialismus gab es nicht; das steht nach Christa Luft fest: »Entscheidend für den Untergang der DDR war nicht eine drohende Pleite« (S. 66). Zum anderen wäre die Autorin sicherlich gut beraten gewesen, die Würdigung ihrer eigenen Rolle in den Wendewirren und danach anderen zu überlassen.

ARNDT HOPFMANN

Bertrand Schneider:
Krieg den Hütten.
Der Nord-Süd-Skandal:
Wie die Industrienationen
die armen Länder ausbeuten,
C. Bertelsmann Verlag,
München 1995, 222 S. (42,80 DM)

In den sogenannten Entwicklungsländern vegetieren 1,2 Milliarden Menschen in Armut und Elend. 800 Millionen, darunter 200 Millionen Kinder, leiden chronisch an Hunger und Unterernährung. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der UdSSR und Osteuropa breiten sich weitere Zonen der Armut mit besorgniserregender Geschwindigkeit aus, und sie greift auch die reichen Länder an. Die Entwicklungspolitik der westlichen Staaten dient nicht im geringsten dazu, diesen verheerenden Zustand zu verändern. Sie ist nichts weiter als ein öffentlich sanktionierter Schwindel, bei dem die reichen Länder den armen ihre »Lösungen« der Armut vorschreiben und das Gefälle zwischen Arm und Reich in der Welt zementieren. Dahinter wuchern soziale Unruhen, Fluchtbewegungen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, steigende Gewalt, Drogenwirtschaft und Umwelterstörung wie Krebsgeschwüre.

Dieses vernichtende Urteil fällt einer der intimsten Kenner der globalen Probleme: der Franzose Bertrand Schneider, derzeit Generalsekretär des Club of Rome. Er hat bereits mit »Die barfußige Revolution« (1985) und »Die globalen Probleme« (1991) Aufsehen erregt. Dieser Bericht an den Club of Rome ist eine schonungslose Analyse eines weltweiten Versagens, das uns alle, so warnt er, teuer zu stehen kommen wird.

Schneider sieht in der sich ausbreitenden Armut, Hunger und Unterentwicklung, »diesen Schandflecken der sogenannten zivilisierten Welt am Ende des 20. Jahrhunderts« (S. 93), die eigentliche Wurzel der sich häufenden Weltentwicklungsprobleme. Während die offizielle Entwicklungspolitik und -theorie heute – fast wie zu Unzeiten – Armut und Unterentwicklung weitgehend auf strukturelle Hemmnisse in den Entwicklungsländern reduziert und als Phänomene nachholender

Entwicklung auf dem Weg zu westlicher Modernität betrachtet, stellen sie für Schneider »einen globalen Mißstand« dar, für den zum großen Teil die industrialisierten Länder des Nordens die Verantwortung tragen. »Der wahre Grund für diese skandalöse Situation ist ... die seit über 40 Jahren praktizierte Entwicklungspolitik, die in den allermeisten Fällen als Fiasko endete« (S. 31).

Überzeugend weist Schneider an Beispielen und Mechanismen der entwicklungspolitischen Praxis der reichen Länder nach, wie sie zum »Nährboden für Skandale« und »Gegenstand internationaler Heuchelei« (S. 33) entartet ist. »Hilfe« für Schuldenzinstilgung, »Hilfe« für Waffenkäufe, »gebundene Hilfe«, Abhängigmachen von Empfängerstaaten etc. sind nur einige Stichworte. Er geißelt die »Entwicklungsprofiteure« im Norden (Experten, Unternehmen, Weltbank, UNO) und ihre korrupten Nutznießer im Süden, die öffentliche Gelder verschleudern, veruntreuen oder schlicht zweckentfremden. Auch ist es für ihn Heuchelei, wenn »gewisse westliche Regierungen lauthals Demokratie und Menschenrechte als Kriterien, wenn nicht als Bedingung für Entwicklungshilfe einfordern, während sie unterderhand einige der übelsten Regimes in Afrika und sonstwo finanziell und militärisch unterstützen« (S.33). Eine derart massive Kritik ist in der deutschen entwicklungspolitischen Literatur eher selten.

Die Schrift Schneiders enthält aber auch Vorschläge für Auswege, wenn sie auch die Grenzen derzeitiger Horizonte nicht überschreiten. Sie gehen von der Notwendigkeit eines neuen Entwicklungskonzepts aus, das er mit dem englischen Kürzel WISE (klug oder weise), spricht »Wohlbefinden aller Individuen und Gesellschaften« (S. 111) definiert. Es umfaßt neun Prinzipien (S. 95f.) wie »der Mensch hat Vorrang«, »die Initiative muß aus dem Süden kommen«, »ökonomische Partnerschaft statt Beistand«, »Schutz der Umwelt, untrennbar mit Entwicklung verknüpft«, »Ungehinderter Zugang zur internationalen Gemeinschaft«, »Lernen, den Markt zu benutzen«, »Entwicklungsplanung« u.a. Bei der Realisierung des WISE-Konzepts setzt Schneider auf angemessene Förderung von Erziehung und Ausbildung, Beherrschung des Bevölkerungswachstums, Schaffung von

Landbesitz und Eigentumsrechten für Besitzlose, eine radikal andere Finanzierung von Entwicklung und vor allem eine Stärkung der bürgerlichen (zivilen) Gesellschaft und Nichtregierungsorganisationen (NRO). Es ist im Kern der Weg über eine Demokratisierung der Gesellschaft. »Die bürgerliche Gesellschaft hält ... den Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie und einer effektiven Entwicklung in Händen« (S. 173), glaubt Schneider.

Bedenkenswert auch die Vorschläge zu Entbürokratisierung und Zusammenschluß von UN-Organisationen (UNDP, UNICEF, FAO, UNEP) zu einer Internationalen Entwicklungsgesellschaft und zu Kontrolle und Verbot des Waffenhandels.

Er ist sich darüber im klaren, daß wenig Änderung eintreten wird, wenn der Norden nicht diesen Kampf unterstützt, wenn bei den Konzernen und Regierungen in Nord und Süd kein Umdenken eintritt, wenn die NRO nicht als echte Partner anerkannt und gefördert, sondern nur als »kostengünstig verfügbare Instrumente« (S. 168) benutzt werden. Das wird nicht – wie bisweilen in der Schrift aufscheint – über Aufklärung und einsichtsvolle Herausbildung eines vernunftgeleiteten Konsenses erfolgen, geht es doch um Macht, Privilegien und Profite. Die Voraussetzungen für eine echte Beteiligung des Volkes an der Macht – »eine neue demokratische Form« (S. 175) – wie sie Schneider vorschweben, sind heute (noch) nicht gegeben.

STEFFEN FLECHSIG

Hans-Joachim Stadermann:

Wie der EURO kommt.

Das Green Paper der Europäischen Kommission und die Folgen,
Metropolis-Verlag Marburg 1996,
184 S. (36,80 DM)

Daß der Euro kommt, steht inzwischen fest. Wann er kommt auch, zumindest für die Kernländer der Währungsunion. Offen ist dagegen, wie er kommt. Dieser Frage ist das vorliegende Buch gewidmet.

Viele Gründe sprechen für eine rasche Einführung der gemeinsamen Währung, nicht

wenige auch dagegen. Während die prominenteste Gegnerin der Währungsunion, die Wirtschaftswissenschaftlerin Renate Ohr, die Währungsunion am liebsten ganz abblasen würde (vgl. »Die Zeit« vom 29. März 1996), ziehen es andere Kritiker vor, sich in ihren Attacken auf das »wie« der Währungsumstellung zu beschränken. Das sogenannte *Green Paper*, von der Europäischen Kommission herausgegeben, um »unter den Europäern Stolz auf ihre Währung zu begründen und sie zu ermutigen, an deren Verwirklichung voll Anteil zu nehmen« (S. 88), bietet hierfür eine geeignete Grundlage. Auf ca. 90 Seiten versucht die Kommission in diesem Papier die Hauptprobleme, mit denen die Konsumenten im Zuge der Einführung der gemeinsamen Währung konfrontiert werden könnten, gedanklich vorwegzunehmen und auf offene Fragen eine Antwort zu geben. Die Farbe Grün ist dabei symbolisch gemeint (S. 96) – als Farbe der Hoffnung!

Im einzelnen verfolgt das Dokument drei Aufgaben: »Erstens soll es dazu dienen, möglichst die Ungewißheiten zu beseitigen, die unverändert den Übergang zur Einheitswährung umgeben« (S. 97). Zweitens hat es zur Aufgabe, die technische Durchführbarkeit des Übergangs zur Einheitswährung zu demonstrieren. Und drittens definiert es mögliche Annäherungen zur Ermutigung einer öffentlichen Akzeptanz des Übergangs zu einer Einheitswährung.

Der dritte Punkt dürfte, angesichts der schwindenden Zustimmung zur Euro-Einführung von besonderem Gewicht sein. Nicht zuletzt in Deutschland, wo sich die nationale Währung, die D-Mark, einer ganz besonderen, beinahe sakralen Wertschätzung erfreut und die Kontroversen um ihre Ablösung bisher eher dazu angetan waren, bei der Bevölkerung Ängste hervorzurufen als Vertrauen zu schaffen.

Dies belegt zum Beispiel der offene Brief von Altbundeskanzler Helmut Schmidt an den Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer (vgl. »Die Zeit« vom 8. November 1996) sowie die zahlreichen Entgegnungen und Meinungsäußerungen in den Medien, die daraufhin erfolgten. Es ist auch verständlich, daß sich besonders die Bundesbürger in Westdeutschland mit der Ablösung der D-Mark durch den Euro

schwer tun: Immerhin ist dies in diesem Jahrzehnt, nach der Umstellung der Postleitzahlen, nun schon der zweite schwere Eingriff in die Lebensumstände der Bürger. Dies kann naturgemäß nicht ohne Widerstand bleiben. Auch wenn es schwerfällt, diesen immer in geeigneter Form zu artikulieren.

Hans-Joachim Stadermann tut dies auf seine Weise: wissenschaftlich, volkswirtschaftstheoretisch, monetärkeynesianisch. Er stellt dem Green Paper der Europäischen Kommission eine achtzigseitige Einleitung voran, worin er die Chancen und Gefahren der Realisierung der Einheitswährung aufzeigt. Diese Einleitung ist der Form nach ein Fragenkatalog. Sachlich und auf hohem wissenschaftlichen Niveau werden Fragen gestellt und Antworten versucht. Dabei wird die Distanz des Verfassers gegenüber dem »Unternehmen EURO« in mannigfacher Weise evident: in der Wortwahl, in der kritische Fragestellung, in der Mehrfachbeantwortung von Fragen, in historischen Bezugnahmen und nicht zuletzt in der Abweisung jeglicher Verantwortung für Entscheidungen, die von Politikern getroffen werden. Für Stadermann ist die geplante Einheitswährung der Europäischen Union vor allem ein »Abenteuer« (S. 15), und zwar ein »bedrohlich erscheinendes« (S. 45) und mit »Gefahr« für die Teilnehmer und »noch weit dramatischeren Aussichten« (S. 69) verbundenes. Kursverluste, »Turbulenzen im Kreditmarkt« und eine Entwertung von Realvermögenswerten sind nicht auszuschließen (vgl. S. 58f.). Dabei geht es dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler nicht um eine vordergründige Kritik an der Währungsunion. Im Kern implizieren seine Überlegungen ein durchaus geldtheoretisches und -politisches Problem. Er sieht im Euro nicht einfach nur eine andere Währung, eine internationale statt der bisherigen nationalen, sondern zugleich auch ein anderes Geld. Das bisherige nationale Kreditgeld, dessen Emission auf dem Ankauf und der Beleihung gesicherter Vermögenswerte der deutschen Wirtschaft beruht, soll abgelöst werden durch ein supranationales Staatsgeld. Damit ist die Gefahr potentieller Instabilität verbunden, denn die Europäische Zentralbank könnte Staatszahlungsmittel emittieren, deren Zirkulation keinerlei realwirtschaftliche Verankerung aufweist, son-

dern allein auf den Beziehungen zwischen öffentlichen Haushalten, Geschäftsbanken und der Zentralbank beruht (vgl. S. 18).

Ist die bisherige Geldverfassung der D-Mark eine ökonomische und die Stabilität der Währung damit gesichert, sofern die Wirtschaft prosperiert, so wird der Grad der Stabilität der Euro-Währung »zum Gegenstand einer europäischen Verhandlungslösung« (S. 25). Nicht der Markt entscheidet dann über Menge und Wert des Geldes, sondern die Politik. Das Geld wird damit in bestimmtem Maße zu »Willkürgeld« (S. 53). Fehlentscheidungen gleich zu Anfang könnten möglicherweise verhindert werden, wenn die Emission des Euro in der Einführungsphase als Parallelwährung erfolgen würde. Die Europäische Zentralbank müßte dann bei der Emission der Gemeinschaftswährung mit den nationalen Zentralbanken um die beleihbaren oder zum Ankauf geeigneten Vermögenswerte auf dem Geldmarkt konkurrieren. Aber eine solche Möglichkeit der Euro-Einführung ist nicht vorgesehen. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß Behörden und Regierungen durch die Emission von speziellen Schuldtiteln, die ausschließlich auf Gemeinschaftswährung lauten, das Material schaffen, das notwendig ist, um in ausreichendem Maße die neue Währung zirkulieren zu lassen (vgl. S. 36). Diese Vorgehensweisen birgt (aus deutscher Sicht) erhebliche Gefahren für die Stabilität des Euro in sich. Die »parallele Zirkulationsoption« stellte dagegen eine wirkungsvolle »institutionelle Absicherung des Stabilitätsgebotes« (S. 71) dar.

Stadermann argwöhnt, daß die Ablehnung des Parallelwährungskonzeptes im vorliegenden Green Paper bedeutet, daß »die Mehrheit der Kommission offenbar den Stabilitätswang nicht einführen will«, sondern umgekehrt die Deutsche Bundesbank zwingen möchte, »auf ein minderes Niveau gemeinschaftlicher Härte in der Geldpolitik abzustiegen« (S. 71). Im Ganzen bedeutet das, daß die Europäische Union durch die Währungsunion nicht an Stabilität gewinnen wird, sondern »daß sie ihren Mitgliedern, die entweder eine Stabilitätspolitik nicht durchführen wollen oder können, größere Spielräume als bisher« (S. 41) eröffnet.

Man muß gewiß kein Fatalist sein, um die

Einschätzung Stadermanns zu teilen, daß sich nach der Einführung des Euro »alle unerwünschten Ergebnisse einer undisziplinierten Finanzpolitik einzelner Mitgliedsländer der Währungsunion« ganz wie bisher auch einstellen werden. Anders als bisher entfällt dann aber die Möglichkeit, dies über Wechselkursänderungen auszugleichen. Realeinkommensveränderungen müssen nunmehr über Beschäftigungsschwankungen und Kapitalstromänderungen ausgeglichen werden (vgl. S. 72), was nicht ohne Vermögensumverteilungen und -transfers abgeht. Ein Szenario, daß sich in Deutschland niemand wünschen kann! Stadermann setzt dem das Konzept einer marktmäßigen Einführung und Durchsetzung des Euro entgegen. Im letzten Kapitel formuliert er eine Reihe von Mindestbedingungen, die eine Gemeinschaftswährung erfüllen muß (vgl. S. 79ff.). Diese beziehen sich zum einen auf die »erlaubten« Transaktionen zum Ankauf von Refinanzierungsmaterial. Hier schlägt der Autor eine bundesbankadäquate Verfahrensweise vor. Zweitens setzt er sich mit der Regelung der Beziehungen zwischen den Teilnehmern der Währungsunion und den vorerst nicht teilnehmenden Ländern auseinander. Hier fehlt eine Überlegung zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, die zwar an einer EU-Mitgliedschaft interessiert sind, aber auf lange Sicht die Konvergenzkriterien nicht erfüllen werden. Drittens geht es um Maßnahmen zur Absicherung der finanzpolitischen Disziplin der Mitgliedsländer der Währungsunion.

Obwohl theoretisch zum Teil anders fundiert, stimmen alle Argumente und Zielset-

zungen des Autors mit den von der Bundesbank favorisierten Grundsätzen überein. Dies provoziert die Frage nach der Allgemeingültigkeit der formulierten Ziele und nach der Interessenkonstellation im Falle eines Zielkonflikts. In Deutschland scheint (beinahe) Konsens darüber zu bestehen, daß die Sicherung der Geldwertstabilität das oberste wirtschaftspolitische Ziel darstellt, dem im Zweifelsfalle alle anderen Ziele zu opfern sind. In dem (immer noch gültigen) Stabilitäts- und Wachstumsgesetz liest sich dies jedoch ganz anders! Und daß man die Prioritäten in Frankreich, Italien, Spanien usw. in dieser Frage anders setzt als in Deutschland, hat doch wohl Ursachen und ist nicht bloßes Resultat mangelnder Einsicht oder eines fehlerhaften Denkens. Zuwenig wird in der vorgetragenen Argumentation deutlich, daß es sich hierbei nicht nur um eine theoretische Überzeugung handelt, sondern daß damit auch bestimmte Interessen bedient werden. Um dies zeigen zu können, ist es allerdings notwendig, die währungsintrovertierte Ebene der Diskussion zu verlassen und in die Tiefen sozialwissenschaftlicher Recherchen hinabzusteigen. Vermögensverteilung, Einkommensströme, Redistributionsprozesse – national wie international –, soziale Polarisierungen, ökonomische Disparitäten und eine Bilanz über Gewinne und Verluste einzelner Gruppen, Schichten usw. in vergleichbaren Aktionen wären hierzu notwendig. Die bisherigen Arbeiten zur europäischen Währungsunion leisten dies nicht. Man wird aber künftig nicht umhinkommen, sich auch damit auseinanderzusetzen.

ULRICH BUSCH